

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 208 (1935)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik.

(1. Juli 1933 bis 30. Juni 1934.)

Trotzdem der Himmel der Weltgeschichte schwarz von Wolken steht, beginnt ein leiser Wind der Hoffnung zu wehen; es ist möglich, daß die Wendung zum Bessern nicht übermäßig lange auf sich warten läßt. Im Augenblicke, wo der Chronist das Jahr überschaute, mußte er feststellen, daß ein politisches Truggebilde endgültig dem Tode überantwortet worden sei, nämlich die Abrüstungskonferenz. In ganz ähnlicher Form wurde ein Jahr zuvor die Weltwirtschaftskonferenz zu den Toten geschickt. Man muß sich nur wundern, daß nicht auch der Völkerbund, der Vater all dieser Konferenzen, eines raschen Todes stirbt. Die Lehre, welche die Völker aus den gescheiterten Konferenzen ziehen, lautet eindeutig dahin, daß jeder, so wie er kann, für sich selber schauen muß. Der Glaube, die Politiker könnten am grünen Tisch das regeln, was die einzelnen Staaten nicht in Ordnung zu bringen verstehen, war eben ein falscher Glaube. Schon Goethe sagte, ein jeder solle vor seiner Tür stehen,

„und rein ist jedes Stadtquartier“.

Darum kehren nun alle aus dem Lande der Täuschung in die Wirklichkeit zurück und versuchen, was sehr vernünftig ist, vor allem die Wirtschaft und die soziale Ordnung in den eigenen Ländern zu ordnen. Bringen sie das zustande, dann können sie später mit mehr Erfolg zusammensitzen und beraten, welche Aufgaben noch mehr Erfolg versprechen, wenn sie international durchgeführt werden.

In **Frankreich** haben die Dinge seit einem Jahre entscheidende Änderungen erfahren. An Stelle der radikalen Parteiregierung, die sich auf die Duldung der Sozialisten stützte und immer noch hoffte, mit Hilfe des Völkerbundes die deutsche Aufrüstung zu verhindern und vielleicht so viele Garantien für seine Sicherheit zu bekommen, daß es selbst abrüsten dürfe, steht eine Regierung der „nationalen Konzentration“ unter Doumergue, der es verstanden hat, die Radikalen vor seinen eigenen Wagen zu spannen. Die Zeit der leichtsinnigen Ministerstürzereien

ist vorüber. Die Parteien sind froh, jemand gefunden zu haben, der wirklich „führt“. Die Wendung kam, als die radikalsozialistische Partei durch den Skandal des Großschwindlers Stavisky heillos blamiert worden war; das ganze Land fieberte ums Neujahr herum, und jedermann sah, daß die von Stavisky bestochenen Abgeordneten und sogar Minister einander decken und die Affäre vertuschen wollten. Als nun in den ersten Februartagen der Aufruhr ausbrach, kam es in Paris zu blutigen Straßentrawallen, und der Ministerpräsident Daladier machte den nicht reparierbaren Fehler, auf die Demonstranten schießen zu lassen. Erst nach dem Sturz seiner Regierung säuberten die Radikalsozialisten ihre Reihen und schwenkten nachher fast vollzählig zu Doumergue über. Der neue Kurs beschneidet das Staatsbudget, um das Viermilliardendefizit zu tilgen und setzt die Sparmaßnahmen und neuen Steuern trotz Angestelltenstreik und Kriegsveteranenprotest durch, forderte kurz vor Vertagung des Parlaments aber neue vier Milliarden für Rüstungen und Arbeitsbeschaffung und bewies auch sonst die „starke Hand“. Die Regierung hofft, auf diesem Wege die Gefahren eines Rechts- oder eines Linksputsches zu beschwören. Sie hofft aber auch, in der Außenpolitik kräftiger auftreten zu können, wenn zu Hause die Parteien kuscheln. Seit dem Mai dieses Jahres spürt man tatsächlich auch die französische Aktivität an allen Ecken und Enden. Die Weltpresse redet vom „französischen Erwachen“, und den Namen des Außenministers Barthou nennt man in den meisten europäischen Hauptstädten. Barthou hat Warschau besucht, um die Polen wieder fester an Frankreich zu binden. Er hat den Tschechen, Rumänen und Serben die Aufwartung gemacht, um eine engere Verbindung zwischen Paris und den östlichen Verbündeten herzustellen. Er versucht, womöglich mit Italien zusammenzuspannen und die Verbindung mit England nicht zu verlieren. Er übernimmt zudem die von den Radikalsozialisten seit Herriots und Cots Besuchen in Rußland angebahnten Bündnisverhandlungen und bringt eine regelrechte Allianz mit dem kommunistischen Weltreich zustande. Kurz und gut, er betreibt eine Politik der Bündnisse nach dem Muster

der Vorkriegszeit. Jedes der abgeschlossenen Bündnisse hat nur den einen Zweck, den Landbestand Frankreichs und seiner Bundesgenossen gegen jede Änderung zu sichern. Der „antirevisionistische Block“ steht entschlossener als je zusammen. Ihm haftet nur ein kleiner Schönheitsfehler an, der vielleicht doch einmal verhängnisvoll werden könnte: die Friedensverträge enthalten eben doch allerlei Ungerechtigkeiten und Widersinnigkeiten, die nicht aus der Welt zu schaffen sind. Zudem hatte Frankreich versprochen, abzurüsten, sobald Deutschland entwaffnet sei, und das lange Zeit fast wehrlose Deutschland nahm sich aus der französischen Weigerung, bei den Tanks und Kanonen abzubauen, ein Beispiel und ein moralisches Recht, heimlich und offen seine Wehr zu verbessern. Und auch im Innern leidet Frankreichs Politik unter einem Fehler oder unter mehreren. Es betreibt weiterhin Deflation, Preisabbau und Lohnabbau, und wenn seine Konkurszahlen steigen, wie immer bei solcher Politik, werden die Bauern, Mittelständler und Arbeiter eben doch links- oder rechtsradikal; es hilft in solchem Falle auch der entschlossene Wille jener Machtgruppe, die hinter Doumergue steht und eine heimliche Diktatur ausübt, nichts. Tardieu, Marin, Lebrun und Doumergue könnten sich täuschen. Dazu macht Frankreich weiterhin Witze über die schlafenden Untersuchungsrichter, denen der Staviskyhandel und namentlich die Ermordung eines Hauptzeugen, des Gerichtsrates Prince, zur Klärung übergeben wurde. Auch das französische Volk (gerade es!) wird am Ende die Regierung nach ihren Taten beurteilen; es wird fragen, ob Gerechtigkeit oder Korruption herrschen, und es wird konstatieren, ob der große

Haufe der „kleinen Leute“ mehr als früher zu Arbeit und Verdienst kommen. Gerechtigkeit und Einkommen; wenn Doumergue Frankreich diese zwei Dinge bringt, dann hat seine „Führung“ sich bewährt.

Dann ist aber auch der Beweis erbracht, daß die heute schwer angegriffene demokratische Regierungsform sich selbst mehr Autorität in die Knochen gießen und tatsächlich die Völker auch führen kann. Auf diesen Beweis hat die Welt gewartet.



Marcel Pilet-Golaz.
Bundespräsident für das Jahr 1934.

Betrachtet man Frankreichs europäischen Gegenspieler, das **Deutsche Reich**, so sieht man ebenfalls eine Regierungsform sich um den Beweis bemühen, daß sie innen- und außenpolitisch zu führen versteht. In der Innenpolitik stellt man ein scharfes Entwicklungstempo fest; es sind eine Reihe von Gesetzen erlassen worden, die oft große Neuerungen bringen; das „Erbhofgesetz“ nimmt die Bauernbetriebe, auf welchen nur deutschblütige Inhaber sitzen dürfen, aus dem kapitalistischen System heraus; sie sollen den Erbbesitzern nicht vergantet werden dürfen; die Folge wird sein, daß die darauf liegenden Hypotheken unkündbar und die Verzinsung nur „nach Möglichkeit“ gestaltet werden. Das „Sterilisationsgesetz“ will Erbkranken

Nachwuchs verhindern und soll auch gegen Sittlichkeitsverbrecher anwendbar sein. Das neue „Arbeitsgesetz“ stellt die Betriebe unter die Führung der Unternehmer, die Arbeiter bilden die Gefolgschaft; Unternehmerschaft und Arbeiterschaft bilden die „Arbeitsfront“. Die Arbeitsschlacht 1933 und die neue von 1934 haben den Zweck, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Auf den Listen stehen statt 5 nur noch 2,5 Millionen Feiernder. Der Plan geht dahin, 1934 auf weniger als eine

Million zu kommen. Wohin die Untätigen verschwunden sind? Zum Teil in die Lager des Arbeitsdienstes, zum Teil aufs Land als „Landhelfer“, zum Teil in die Industrie, welche versuchen mußte, die Aufträge zu strecken und die Gesamtlohnsumme auf mehr Köpfe zu verteilen, also die Einzellöhne zu senken.

Um die allgemeine Verwilderung der Bürgerkriegszeit zu bekämpfen, arbeitet die Justiz mit viel härteren Urteilen, und in Preußen speziell werden die Todesurteile in erheblicher Anzahl ausgesprochen; an Stelle der Guillotine tritt das Hackbeil. Groß ist immer noch die Schar der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern, und die Kommunisten sorgen dafür, daß für die Entlassenen neue Unbotmäßige hineinkommen.

Die große Masse des Volkes steht hinter der Diktatur. Bei der Abstimmung über den Austritt des Reiches aus dem Völkerbund standen auf der Regierungsseite 43 Millionen Stimmberechtigte gegen nur 2 Millionen Reinsager. Die gleichen Zahlen ließen einen neuen Reichstag zusammentreten, der aus fast lauter Nationalsozialisten besteht. Opposition ist zwar immer noch vorhanden, und vor allem in der Organisation der Kirche drang der Wille der Gleichschaltung nicht so durch, wie man gewünscht. Das Verhältnis zur katholischen Kirche ist trotz Konkordat mit dem Papst schlecht. Die evangelische Kirche ist innerlich gespalten, weil viele Pastoren und ihr Anhang fürchten, der totale Staat könnte dem Glaubensbekenntnis Schaden tun, während die „deutschen Christen“ durchaus überzeugt sind, daß man zuerst Deutscher und dann erst Christ zu sein habe. Weitere Opposition drohte aus den Reihen der SA, der Sturmabteilungen, und gerade am letzten Sonntag 1934 setzte der Reichskanzler Hitler den SA-Chef Röhm ab; die geheime Staatspolizei, die „Gestapo“, hatte ihn und die Unzufriedenen wohl überwacht; bei der Verhaftung wurde der ehemalige Reichskanzler v. Schleicher erschossen. Sieben SA-Führer fielen unter den Kugeln der standrechtlichen Exekution. Die SA sind völlig umgestaltet worden.

In der Außenpolitik verzeichnet das „Dritte Reich“ einen Erfolg in den Verhandlungen über

die Abstimmung im Saargebiet, das im Januar 1935 mit größter Wahrscheinlichkeit wieder ans Reich zurückkommt. Ferner wurde ein Pakt mit Polen abgeschlossen, und beide Staaten garantieren sich ihre Sicherheit. Die Hoffnung, Großbritannien in der Abrüstungsfrage ganz für die deutschen Forderungen zu gewinnen, erfüllten sich nicht. Auch Italien ging nicht aus seiner Reserve heraus. Wie stark das Reich auch weiterhin von der Meinung der übrigen Welt abhängt, zeigte der mit allem Aufwand und viel Fleiß durchgeführte Reichstagsbrandprozeß, der mit dem Todesurteil gegen den Maurer van der Lubbe und dem Freispruch des Kommunisten Torgler und dreier bulgarischer Bolschewisten endete. Als die Soviets den drei Bulgaren das Bürgerrecht schenkten, wurden sie von deutschen Flugzeugen nach Moskau gebracht.

Weniger Erfolg hatte das Reich im blutsverwandten **Österreich**. Dort griffen am 12. Februar 1934 die sozialistischen Schutzbündler zu den Waffen, um sich gegen die Auflösung ihrer Partei und der Gewerkschaften zu wehren. Vier-tägige Kämpfe in Wien, in Bruck an der Mur, in Steyr und Linz endeten mit dem Siege der Regierungsartillerie, und die Standgerichte ließen sieben Führer hängen und verurteilten eine Reihe anderer. Während der Kämpfe blieben die österreichischen Nationalsozialisten neutral. Wenige Tage nachher aber, als die Regierung daran ging, den Staat im „austrofaschistischen Stil“ aufzubauen und gleichzuschalten, begann die Propaganda von neuem, und seither brannten fast jeden Tag irgendwo Papierböllere oder auch ernsthaftere Sprengartikel los. Die Anschläge auf amtliche Gebäude, Brücken, Elektrizitätswerke, Eisenbahnen sind nicht zu zählen. Und die allerwenigsten Missetäter können gefaßt werden. Denn die mehreren Hundert Toten der dritten Februarwoche liegen wie ein Fluch auf der Regierung. Es will ihr niemand verraten, wer alles gegen sie wühlt und wer Bomben wirft. Das Bild gleicht dem Mazedoniens vor den Balkankriegen. Die Nazis treiben eine fast unfehlbare Zermürbungsarbeit, um den Kredit des Kabinetts Dollfuß zu vernichten, schädigen den Fremdenverkehr, den Handel und warten auf den Tag, da ihnen die Macht zufällt.

Ein „Nazi=Österreich“ aber bedeutet nicht den Anschluß ans „Dritte Reich“. Dafür hat Mussolini gesorgt, der Dollfuß und Gömbös, die Führer Österreichs und

Ungarns, im Dreimächtevertrag von Rom, eng an Italien angeschlossen und ihnen Hilfe im wirtschaftlichen Neuaufbau versprochen. Italien bemüht sich seither, von Deutschland die Anerkennung der Römerverträge zu erringen, und auf der Zusammenkunft von Venedig soll Hitler die von Italien garantierte Unabhängigkeit Österreichs auch bejaht haben. Beim Siege der Nazis in Österreich wird zwar die südliche Orientierung des Staates der nördlichen, der deutschen, weichen. Dafür aber wird das Reich Italien an die Seite Frankreichs drängen. Der Tausch der italienischen Freundschaft gegen die österreichische würde die völlige Einkreisung des Reiches vollenden.

Italien hat wirtschaftlich einen Sieg in der „Getreideschlacht“ zu verzeichnen, muß jedoch feststellen, daß trotz vermehrtem inländischen Kornbau die Handelsbilanz passiv wird und daß die Lira fallen will. Aus diesem Grunde diktierte die Regierung einen Preisabbau, der einen entsprechenden Abbau der Löhne ermöglicht, und fängt auch gleich mit der Schlechterbezahlung ihrer Staatsangestellten an. Dadurch hofft man, auf den Weltmärkten wieder besser konkurrieren zu können. Welchen Schaden jedoch der innere Markt nimmt, überlegt man sich in Italien wie anderswo immer noch zu wenig. Es ist zu hoffen, andere Faktoren, so die neuerliche Zunahme der Wertschiffahrt und des Welthandels, werden Italien zu Hilfe kommen, damit es im Lande weiterhin so ruhig bleibe wie im vergangenen Jahre. Speziell wir Schweizer können nicht wünschen, daß an unserer Südgrenze baltische Not und Unruhe einklehre.



Neues Gebirgsgechütz feuernd.

Not, Not vor allem in der Landwirtschaft und bei der städtischen Jugend macht alle Staaten des nahen Ostens und Südostens zu diktatorischen Experimenten geneigt. Und die Regierungen, die das fürchten, wenden eine neue Methode an, um den Staatsstreiklern zuvorzukommen: man könnte von einer „präventiven Regierungs-diktatur“ sprechen. Die Regierungen finden, es sei besser, zuzuhauen, statt aufgefressen zu werden.

In **Rumänien** arbeitet mit eiserner Energie die „Eiserne Garde“. Um die Jahreswende fiel der Ministerpräsident Duca durch Mörderhand, und später hatte das Gericht einen weiteren Prozeß gegen Verschwörer zu beurteilen, die sich direkt an den König machen wollten. Die Milde des Urteils gegen die Ministermörder verrät, wie groß das Zittern im Lande vor der „Eisernen Garde“ ist. Die Verbrecher betrachten sich als Patrioten, welche das Land von den „Freimaurern“ befreien wollen. Sie behaupten, die Politik des Landes werde in der Großloge von Paris gemacht. Die Regierung des jungen Politikers Tartaescu trachtet ähnlich wie Doumergue in Paris danach, straffer zu regieren, eine

Diktatur, ohne den Namen einzuführen, und sich auf diese Weise zu sichern.

Mit größerer Raschheit hat die Regierung **Bulgariens** dem möglichen Handstreich der Faschisten vorgegriffen, um durch Aufrichtung der erklärten Diktatur, durch Parteivernichtung und Politikerverhaftung endlich der eigenen Ruhe gewiß zu werden.

Fast genau das gleiche geschah in **Lettland**, und in **Estland** nicht viel anderes; **Litauen** dagegen erwehrte sich eines Handstreiches von seiten seines frühern Diktators Woldemaras, der nun in langjähriger Zwangsarbeit die Diktatur kosten, nicht ausüben kann. Die drei Staaten haben übrigens einen Pakt geschlossen, um außenpolitisch einheitlich vorzugehen; sie hoffen auf den Anschluß von **Finnland**, das sich wirtschaftlich prachtvoll entwickelt und als einer der wenigen Staaten gilt, die regelmäßig ihre Schulden an Amerika bezahlen.

Der baltische Pakt stellt sich in eine Reihe mit der Kleinen Entente und dem Balkanbund, welche vom Böhmerwald bis nach Armenien und Areta alle Staaten ohne Österreich, Ungarn, Bulgarien und Albanien zusammenfassen. Diese vier sind denn auch die umworbenen und spröden Lieblinge Italiens und Frankreichs. Das eine möchte sie nicht bei den großen Südostbünden haben, das andere je eher, je lieber.

Von den Staaten des Balkanbundes außer von Rumänien ist wenig zu sagen. Die **Türkei** legt sich eine verstaatlichte Industrie bei, natürlich zu Militärzwecken; **Griechenland** erledigte seinen diesjährigen Streit für oder gegen Benizelos sehr friedlich, an griechischen Verhältnissen gemessen; **Jugoslawien** hatte ein sehr ruhiges Jahr und bemühte sich sehr um die bulgarische Versöhnung; Königsbesuche zwischen Sofia und Belgrad, Ministerbesprechungen leiten eine neue Zeit für den Balkan ein. Jugoslawien möchte sowohl der Kleinen Entente die südliche Sicherung wie dem Balkanbund eine „keimfreie Mitte“ gerade in Bulgarien schaffen.

Die **Tschechoslowakei** versuchte es anstatt mit politischen mit wirtschaftlichen Mitteln, der Krise zu begegnen. Die Tschechenkrone wurde abgewertet und ein kleiner Zuwachs des Außen-

handels erzielt; was aber wichtiger ist: die Preise im Inland erhielten einen gesunden Auftrieb, und die Bauern sehen ein wenig heiterer in die Zukunft, weniger die Arbeiter, welche sich den Lohnaufbau erst noch erkämpfen müssen, ehe sie der Produktenverteuerung nachkommen.

Polen erlebte im Juni seinen Ministermord, genau wie Rumänien ein halbes Jahr früher: der Innenminister Pieracki wurde erschossen. Es gibt auch in Polen eine Rechtsgruppe, die findet, die Pilsudskidiktatur sei viel zu mild und großväterlich, und gegen Juden, Ukrainer, Russen und Deutsche müßte man ganz anders vorgehen. Der Mörder sitzt wahrscheinlich bei diesen Ganzfaschisten und wird ihnen vor Gericht Reklame machen.

Die skandinavischen Staaten machen fast nichts von sich reden, und das ist bekanntlich bei rechten Leuten so. **Schweden** steht fest zu seiner sozialistisch-bäuerlichen Regierung und weist ein aktives Staatsbudget auf. **Norwegen** zielt mit seinen Linkswahlen auf einen ähnlichen Weg wie Schweden. **Dänemark** wandelt sich insofern, als sein sozialistischer Ministerpräsident Stauning neuerdings die Landesverteidigung befürwortet. Das schwere Ringen seiner Landwirtschaft um den Absatz fand bei der Regierung einen geschickten Anwalt, indem namentlich mit England wichtige Lieferungsverträge zustande kamen.

An der Peripherie Europas brodeln nach wie vor der spanische Kessel. **Spanien** und **Katalonien** geraten aneinander, weil die beiden in der Gesetzgebung über die Agrarfrage nicht gleicher Meinung sind. In Spanien sind seit den letzten Corteswahlen wieder die Rechtsparteien am Ruder und schonen den Großgrundbesitz, wogegen Katalonien nach wie vor „links“ zieht und enteignen will, außerdem aber die Landarbeiter und Pächter begünstigt. Der Zentralregierung in Madrid droht, sobald sie gegen Barcelona vorgeht, der Generalstreik; trotz dem Dezembersieg über die anarchistischen Gewerkschaften hat die Regierung auf der Hut zu sein. Die katholische „Volkspartei“ unter Gil Robles, die den Großgrundbesitz vertritt, will das Ruder der Regierung nicht übernehmen, um sich nicht mit zu großen Risiken zu beladen.

Portugal lebt im Schatten Englands fast so still wie eine Kolonie. Nur von Zeit zu Zeit hört man von verhafteten Offizieren, die wieder einen kleinen Putz gemacht.

Irland ist etwas lebendiger; Krisen sorgen nehmen den immer noch regierenden De Valera fast ganz in Anspruch. Die Auseinandersetzung mit den Faschisten, den Blauhemden MacDuffys, geht ohne laute Ereignisse vor sich. Mit England hat Irland noch nicht gebrochen, trotzdem es vor einem Jahre dahin zu kommen schien.

Großbritannien macht eine Linkswandlung durch, die aber erst bei den nächsten Parlamentswahlen so recht bemerkbar werden wird. Vorläufig hat sich London eine Regierung der Labourparty gegeben, die als erstes die Niederreißung der Glendviertel und einen Aufbau gesünderer Wohnstätten in Angriff nimmt. Fast alle Nachwahlen ins Unterhaus enden mit einem Siege der Labourkandidaten. Die Kommunisten wie die Faschisten sind immer noch bedeutungslos geblieben. Der Sieg der Linken reißt, trotzdem die nationale Regierung Macdonalds für 1933 erstmals wieder einen Überschuß in der Staatsrechnung vorweist und sofort einen Teil des Plus an die Arbeitslosen weiterleitet. Nicht nur der Staat, auch die Privatwirtschaft hat bessere Zeiten. Die Ausfuhr steigt langsam, aber stetig, die Arbeitslosenziffern nehmen entsprechend langsam, aber doch sichtlich ab.

Von England erhofft man einen Umschwung in der Weltpolitik, der aber nicht von den zögernden konservativen Politikern herkommen wird. Daß sich die Linke auf die Regierungsübernahme vorbereitet, beweist ein Beschluß der Gewerkschaften, die Verteidigung des Landes aufs Programm zu nehmen, keinerlei „beispielgebende Abrüstung“ vorzunehmen, sondern nur auf Grund von Übereinkommen zur Entwaffnung der Welt zu schreiten.

Die Linke verspricht auch, Wandlung in die Kolonialpolitik zu bringen. Mit **Indien** steht England scheinbar besser als seit langer Zeit. Durch schlaues Auspielen der Gegensätze ist Gandhis Einfluß sehr herabgedrückt worden. Ob die Attentate auf ihn, die zweifellos von gewaltpredigenden Elementen links oder ganz rechts ausgeführt wurden, nicht die Folge dieser Dis-

creditierung sind? Und ob sie für England gut sind?

In **Palästina** begünstigt die englische Verwaltung das Arabertum gegen die jüdische Zuwanderung. Das Regime hofft bei den Araberfreunden in Ägypten lieb Kind zu bleiben. In diesem Frühjahr hat sein Gefolgsmann, der Herr von „Großarabien“, Ibn Saud von Nedschd und Hedschas, einen Sieg über den Freund Italiens, den „Imam“ von Jemen, davongetragen und wichtige Grenzlande behalten. Das erwachende Arabertum als Feind zu haben, wollen die Konservativen nicht riskieren.

Erfreuliches meldet **Südafrika**: neue Goldfunde.

Aktiv ist auch die Politik der **Bereinigten Staaten** Nordamerikas. Im letzten halben Jahr meldeten sämtliche Industrien des Landes Besserung; die Schwierigkeit, durch Abkommen überall die Lohnhöhen den steigenden Preisen anzupassen, ruft immer neuen Streikbewegungen. Lange Zeit drohten auch die Farmer, denen die Preise nicht genügend gestiegen waren, mit einer Großaktion. Die Ausschreitungen im mittleren Westen waren aber schon groß genug. Die Regierung vermochte zu vermitteln.

Zu einer eigentlichen Inflation ist es nicht gekommen. Roosevelt und sein „Gehirntrüß“ praktizieren eine elastische Goldwährung, indem sie zum Zwecke der inländischen Preissteigerung von Zeit zu Zeit einen höhern Dollarpriß für Gold ansetzen. Mit dem Silber wird dieselbe Manipulation versucht, um Silberwährungsländer wie China kaufkräftiger zu machen. Goldvorräte werden übrigens vom Staat, der sie „verstaatlicht“, aufgekauft. Ebenso Silber.

Um sich einen neuen Markt zu schaffen, hat U. S. A. die russische Sowietregierung de jure anerkannt. Es verfolgt dabei auch den sehr wichtigen Zweck, einen Verbündeten gegen Japan zu finden. Die Russen dagegen, die vor allem Kredite suchen, um Maschinen gegen gefördertes Gold, Holz und Felle zu erstehen, sind über diese Anerkennung noch froher.

Sowietrußland, so sagen die einen Propagandisten, soll wieder Hungergegenden besitzen, im letzten Jahr Kuban und Ukraine, die andern behaupten, das stimme nicht. Freunde des roten



Schweres Maschinengewehr schußbereit.

Staates verkünden triumphierend, „die Zeit der Entbehrungen sei vorbei“. Die Großindustrien seien aufgebaut, jetzt komme sehr rasch die Bedarfsindustrie dran. Das Land liebe den Frieden, darum habe sich die Regierung die Demütigungen durch

Japan in der Mandschurei gefallen lassen. Dort herrscht im Namen Japans der alte Kaiser-
spröß **Pu-Yi** als Kaiser, Japan hat ihm die Mongolei nördlich der großen Mauer bis an die Grenze der Sovietmongolei geschenkt. Es wäre nur zu wünschen, Japan richte sich zum Heil seiner unsagbar armen Bauern und Arbeiter so ein, daß die Mandschurei gedeiht und zugleich das eigene Land mehr Brot und Fische kaufen kann. Mit der Methode, die es gegenwärtig probiert, kann es nur dem Abgrund zuschlitteln. Wenn es seine Hemden und Autos noch billiger liefert, schließt man ihm die Türen allwärts zu. Das ist wohl auch der Grund, warum es **China** in seine Gewalt zu bekommen sucht. Die Hunderte von Millionen Chinesen können kaufen und liefern wie kein Teil der übrigen Welt. Der japanische Plan lautet auf „Teilen und Herrschen“. In Nordchina gebietet es durch den „Präsidenten der politischen Kommission“, **Huang Yu**. Den Süden läßt es so weit wie möglich von den

Soviets in Innerchina zerlegen, um zuletzt als Freund zu Hilfe zu kommen. Die japanischen Militärs sind mit China so sehr beschäftigt, daß sie den Handgriff nach dem russischen **Wladiwostok** bisher nicht gewagt haben.

Sie müssen auch sehr vorsichtig vorgehen, um nicht die amerikanischen und englischen Interessen in China zu verletzen. Der Anspruch Japans, die Führung im Osten zu übernehmen, hat zu erbosten Anfragen der Regierungen von London und Washington geführt.

Die Entgiftung der Atmosphäre im Stillen Ozean könnte durch ein wirtschaftliches Aufblühen der Vereinigten Staaten und einen Absatz japanischer Seide wie vor einem halben Jahrzehnt,

mächtig gefördert werden. Genau genommen, ist die rege Handelstätigkeit zwischen Japan und

Australien ein besserer Friedensgarant als die neue Aufrüstung, die sich vor allem die Vereinigten Staaten auferlegen und die Japan zur Forderung aufstacheln: gleichviel Kriegsschiffe wie England und U. S. A.!

Kehren wir zum **Völkerbund** zurück, der immer noch nicht den Frieden zwischen **Paraguay** und **Bolivien** und den Rückzug der Soldaten aus dem Gran Chaco zustande gebracht. In diesen Völkerbund soll im nächsten Herbst **Sowjetrußland** eintreten, und **Mussolini** soll auch Deutschland dahin gebracht haben, daß es zurückkehre. Ob dies der Welt viel nützen wird, müssen wir fragen. Mehr als seinem Nächsten, seinem eigenen Lande, kann man niemand nützen. Das haben die Völker von **Belgien** an ihrem König erfahren, der zugleich ein echter Freund des Völkerbundes war. Als er in den südbelgischen Bergen abstürzte, trauerte das ganze Land um ihn, und fast scheint uns, als seien die Parteien seither ruhiger geworden. Dem toten **Albert** folgt wieder ein **Leopold**. Hoffentlich hat er aus der Trauer des Landes gespürt, welche Werte einen Führer seiner Nation lieb machen.

Zierden des Völkerbundes waren sicherlich nicht die Machthaber von **Kuba**, die mit dem Präsidenten Machado die Bevölkerung tyrannisierten und die politischen Gegner den Haijischen fütterten. Die blutigen Kämpfe vor und nach der Vertreibung Machados und seiner Polizei haben der Insel seither neben dem heimlich diktierenden General Batista mehr als einen neuen Regierungschef geliefert; am längsten amtierte Grau San Martin. Am Beispiel Kubas läßt sich nachweisen, daß der Völkerbund kaum mehr wert sein kann als seine Mitgliedsstaaten.

Mit Stolz und Zuversicht dürfen wir sagen, daß unsere **Eidgenossenschaft** sicherlich neben den nordischen Staaten und andern zu den besten Mitgliedern gehört. Nicht aus Eigenlob rühmen wir uns dessen; wir dürfen einem guten geschichtlichen Schicksal danken, daß es uns dazu gemacht. Wir können uns rühmen, kein Minderheitenproblem zu kennen, keine konfessionellen Konflikte mehr austragen zu müssen, keine außenpolitischen Gefahren von uns auszustrahlen und auch in der Behandlung der sozialen Fragen einen Weg zu gehen, der überhaupt kaum anderswo in dieser Form beschritten worden ist.

Das Merkwürdigste, was bei uns seit zehn Jahren passiert ist, sehen wir in den Erfolgen der Mittelstands- und Bauernforderungen bei den Gewerkschaften, die immer deutlicher im gleichen Atemzug den Lohn des Arbeiters und das Einkommen der beiden andern Stände nennen und in ihrer Propaganda erklären, beide stellten die Kaufkraft des Inlandes dar, in welcher der eigentliche Grund unseres nationalen Wohlergehens und Friedens zu suchen sei. In den Linkszeitungen, die ganz extremen ausgenommen, ist der Ausdruck Preiswucher fast völlig verschwunden, sobald von Milch oder Brot oder andern Lebensmitteln gesprochen wird.



Infanteriekannone im Gebirge.

Die Entscheidungen politischer Art, die im laufenden Jahre gefallen sind, kann man nur verstehen, wenn man diese unsichtbare Einheitsfront „für das Einkommen“ gewahrt wird. Nicht die Links- und Rechtsextremisten haben im vergangenen März das „Ordnungsgesetz“ verworfen. Den eigentlichen Anteil an dieser Verwerfung haben auch nicht die Reinsager, die von Berufs wegen niemals Ja stimmen. Breite Schichten, die der Ansicht sind, mit politischen Lösungen sei nichts getan, und man müsse die Wirtschaft sichern, um die Zufriedenheit der Bürger zu garantieren, haben den Ausschlag gegeben. Die gleichen Kreise unterzeichnen auch die „Arbeitsbeschaffungsinitiative“ der Gewerkschaften, die mehr Unterschriften auf sich versammeln wird als je eine eidgenössische Initiative zusammenbrachte.

Weil aber die Arbeitsbeschaffung Geld und somit neue Bundesschulden erfordert, nennen die Gegner sie die „Staatsbankrottinitiative“. Es stoßen hier zwei Ansichten aufeinander, die in der ganzen Welt den gleichen Kampf

kämpfen. Die einen fürchten die Zahl der schul-
digen Franken oder Dollarmillionen. Die andern
sagen, daß 100 Millionen mehr die Wirtschaft
nicht erdrücken, sofern sie wächst, während wir
auch bei geringern Schulden bankrott gehen
können, sofern die Wirtschaft rückwärts geht.

Dem gestürzten Ordnungsgesetz folgten als
Opfer zwei hochverdiente Bundesräte, die Herren
Dr. Häberlin und J. M. Mussy; die Herren
Ständeräte Baumann und Etter sind ihre
Nachfolger geworden.

Der Bundesrat hat das Problem der Bun-
desbahnsanierung angepackt. Es wird nicht
ohne Kämpfe abgehen, denn jemand muß die
mehr als 100 Millionen jährlicher Zinsen bezahlen,
und wenn man sie abschreiben könnte, würden wir
bald umsonst Eisenbahn fahren und bald wieder
das ganze Oberland voller Engländer haben.

Von den verschiedensten Seiten wird auch
agitiert für eine Totalrevision der Bundes-
verfassung, und viel Tinte und Drucker-
schwärze wird noch daran gegeben werden.
Sicherlich brauchen wir keinen Artikel mehr,
wie er im Jahre 1848 geprägt wurde, wonach
die Kantone dem eidgenössischen Militär den
Durchzug gestatten müssen. Und sicher wäre es
nötig, zu sagen, daß die demokratischen Rechte
und Freiheiten für jene nicht gelten sollen, die
unsere Demokratie zerschlagen wollen.

Unter der wirtschaftlichen Krise leiden weiter-
hin einige Großbanken, jedoch mehr unter der
Vergangenheit als der Gegenwart. Die Schwei-
zerische Volksbank mußte mit 100 Bundes-
millionen gerettet werden. Hierbei opponierten
nicht einmal die Sozialdemokraten. Hatten sie
vielleicht gelernt, daß Nicole in Genf in der
Frage Bankensanierung falsch gewettet?

Das volkswirtschaftliche Gefüge will sorgfältig
behandelt werden; läßt man wen zusammen-
brechen, einen einzelnen oder eine Bank, wer
folgt alles nach? Das ist ja auch der Grund, warum
wir die Überschwemmung der Schweiz mit
deutschen Waren auch jetzt, nach dem Transfer-
moratorium Deutschlands, dulden. Wir
können nicht die Hoffnung auf spätere Zinsen
und Amortisationen unserer Milliarden draußen
völlig zerstören.

Ein halbes Jahr in Nacht und Winter.

Stellen wir uns einmal die Lage vor, mit der
die Bewohner unserer Erde jenseits des nörd-
lichen Polarkreises (jenseits des südlichen gibt es
„bekanntlich“ keine!) alljährlich zu rechnen haben:
Jedes Jahr im September verschwindet zur Zeit
der Tag- und Nachtgleiche die Sonne für ein
halbes Jahr hinter dem Horizont, fast ein volles
halbes Jahr ist härtester Winter und ebensoviele
vollständige Nacht. Keine Sonne geht auf und
unter, Morgen und Mitternacht gleichen einander
wie ein Ei dem andern. — Was würden wir wohl
in solchem Falle anfangen?

Nun, wir haben ja unsere Elektrizitätswerke,
unsere Dampfheizungen, Öfen und all die tausend
Wunder unserer Technik, mit der wir solcher Nacht
und solchem Winter zu Leibe rücken würden.
Aber wenn man das alles nicht zur Verfügung
hat und wie die Eskimos darauf angewiesen ist,
mit ganz unzureichenden Mitteln den Kampf da-
gegen zu führen? Das muß doch ein furchtbar
trostloses Leben sein, falls man es überhaupt
noch Leben nennen kann! Diese armen „Wilden“
hocken bestimmt frierend und hungernd in einer
engen Höhle. Was haben wir nicht alles über die
Schrecken der Polarnacht gehört.

Raum zu glauben — aber gerade das Gegen-
teil trifft zu. Die lange Nacht ist für den Eskimo
die vergnügteste Zeit. Für ihn beginnt genau
so die „Season“ wie bei uns, die wir auch dem
Winter die angenehmste Seite abzugewinnen
wissen mit Theater, Konzerten, Bällen, Redouten
und was weiß ich alles. Daß es etwas derart
fast Unglaubliches gibt, muß uns stolzen Kultur-
menschen eine gewaltige Achtung einflößen vor
dem listenreichen Menschengesicht im allgemeinen
und der ungeheuren kulturellen Leistung eines
so „primitiven“ Volkes im besonderen. Ja, und
wieso das der Eskimo fertig bringt?

Da hat er zunächst sein famoses Winterhaus,
den Igloo, der allein architektonisch als Erfindung
eines primitiven (oder wie wir vor gar nicht
allzu langer Zeit noch überheblicher zu sagen
pfliegen: wilden) Volkes alle Achtung verlangt.
Es ist dies nämlich ein vollendeter Kuppelbau,